

# Mehr Schub für Umfahrung Wolhusen

**Kanton Luzern:** Dezembersession des Kantonsrats

Der Kanton Luzern hat rund 90 Strassenbauprojekte in petto. Der Kantonsrat hat am Montag das Bauprogramm für Kantonsstrassen von 2019 bis 2022 mit 104 zu 7 Stimmen genehmigt und dabei die Umfahrungen Eschenbach, Hochdorf und Wolhusen stärker gewichtet.

Die Vorhaben sind, gemäss ihrer Priorität, drei Töpfen zugewiesen. Im Topf A sind jene Bauprojekte, die nun geplant oder gebaut werden. In den Topf B kommen zu planende Vorhaben. Die restlichen Projekte befinden sich in Warteposition im Topf C. Dazu kommen sogenannte Sammelrubriken, etwa Lärmschutz oder Verkehrssicherheit. Insgesamt stehen gemäss dem Aufgaben- und Finanzplan jährlich rund 56 Millionen Franken für den Strassenbau zur Verfügung.

## «Fakten schaffen»

Auf Antrag der vorbereitenden Kommission entschied der Kantonsrat, drei Vorhaben auf der Landschaft mehr Gewicht zu geben. Für die Planung der Umfahrungen Eschenbach, Hochdorf und Wolhusen wurden deswegen je rund zwei Millionen Franken in den Topf A verschoben.

CVP, SVP und FDP unterstützten diese Beschleunigung. Daniel Keller (SVP,



Vor einem Jahr führte die IG Umfahrung Wolhusen als Gag die Hauptprobe für den Tunnelbau der Umfahrung Wolhusen durch. Gestern hat der Kantonsrat entschieden, fürs Erste die Planung in den Topf A zu verschieben. [Archivbild EA]

Udligenswil) sagte, es gehe nicht nur um das Tempo, sondern auch um die Lösungsfindung. Die Bevölkerung müsse

miteinbezogen werden. Guido Bucher (FDP, Flühl) sagte, es gehe darum, zu diesen Vorhaben Fakten zu schaffen.

SP und Grüne lehnten die Kommissionsanträge ab. Marcel Budmiger (SP, Luzern) sagte, der Bevölkerung werde

## Freude bei Luzern West

Erfreut über den gestrigen Beschluss des Kantonsrates, die Planung der Umfahrung Wolhusens von Topf C in Topf A zu verschieben, ist man beim Verband Region Luzern West. «Das ist eine sehr gute Nachricht und ein deutliches Zeichen für unsere Region», sagt Wendelin Hodel, Präsident der Region Luzern West, und fügt hinzu: «Seit Jahren haben sich unsere 28 Verbandsgemeinden geschlossen für das Projekt Umfahrung Wolhusen eingesetzt. Heute konnte nun ein wichtiger Etappensieg für die ganze Region erreicht werden.» [EA]

damit Sand in die Augen gestreut, denn das Baudepartement habe nicht die Ressourcen für diese Planungen. Besser wäre es, Alternativen zu planen.

Auch Baudirektor Robert Küng lehnte die Anträge der vorbereitenden Kommission ab. Der Kantonsrat sei sehr grosszügig, sagte er. Es sei aber fast nicht möglich, die in den Topf A verschobenen total 6,3 Millionen Franken in den nächsten vier Jahren aufzubringen.

## Wolhusen von Topf C in Topf A

Die Projekte Eschenbach und Hochdorf wurden vom Topf B in den Topf A verschoben, und zwar deutlich mit 78 zu 27 Stimmen respektive 77 zu 29 Stimmen. Das Projekt Wolhusen wurde vom Topf C in den Topf A gehievt. Bei diesem Projekt wurde vor allem ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis des ins Auge gefassten Umfahrungstunnels bemängelt. Trotzdem stimmte der Rat der Umstufung mit 77 zu 30 Stimmen zu. [sda/EA]

# Verwaltung soll sich vom Telefon verabschieden

**Kanton Luzern:** Regierungsrat beantragt Sonderkredit

Die Luzerner Kantonsverwaltung und die Gerichte sollen sich von den traditionellen Telefonen verabschieden. Der Regierungsrat beantragt einen Sonderkredit von 18 Millionen Franken für eine integrierte Kommunikations- und Kollaborationslösung. Diese soll Einsparungen bringen.

Heute kommunizieren die Kantonsangestellten über E-Mail, Intranet und traditionelle Telefonie. Letztere Infrastruktur stammt aus den 1990er-Jahren. Sie sei am Ende ihres Lebenszyklus angelangt und erfülle die Anforderungen eines digitalen Kantons nicht, schreibt die Regierung in einem Bericht und Antrag ans Parlament, den sie am Dienstag veröffentlichte.

## Zauberwort UCC

Mit den integrierten Kommunikations- und Kollaborationslösungen, auch unter dem Begriff UCC (Unified Communication and Collaboration) bekannt, stünden geeignete Werkzeuge zur Abdeckung der neuen digitalen Bedürfnisse zur Verfügung. Diese will der Kanton von der Firma Sunrise Communications kaufen und betreiben lassen. Das System soll ab Mitte 2020 in den Rechenzentren

des Kantons Luzern betrieben werden.

Die Neuerung sei eine wichtige Voraussetzung für das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz in Emmen, schreibt die Regierung. Denn im geplanten Bau für 1300 Mitarbeitende mit einem Open-Space-Bürokonzept werde es ein traditionelles Telefon auf dem Pult nicht mehr geben. Mit der UCC-Lösung dagegen können die Mitarbeitenden an jedem beliebigen Ort arbeiten.

## Weniger Reisen

Auch stehen neue Werkzeuge zur Verfügung wie Videokonferenz, Online-Meeting, Desktop-Sharing, gemeinsame Bearbeiten von Dokumenten und virtuelle Arbeitsräume. Die für Konferenzen aufzuwendenden Reisezeiten und Reisekosten könnten damit zum Teil vermieden werden.

Ohne Medienbrüche würden die Verwaltungsmitarbeitenden ihre Geschäfte zudem effizienter und schneller bearbeiten. Die Regierung rechnet daher mit jährlichen Einsparungen von drei Millionen Franken. Dies kompensiere die Betriebskosten, die künftig mit rund einer Million Franken mehr als doppelt so hoch ausfallen wie heute.

Für die einmalige Investition für die Einführung des neuen Systems beantragt die Regierung 8,4 Millionen Franken. Die wiederkehrenden Kosten für den Betrieb über neun Jahre belaufen sich auf 9,6 Millionen Franken. [sda]

# AFR erst im Januar beraten

**Kanton Luzern:** Kantonsrat hat wichtiges Geschäft abtraktandiert und vertagt

Der Luzerner Kantonsrat hält die Aufgaben- und Finanzreform 2018 (AFR 18) für noch nicht verhandlungsreif. Er hat am Montag auf Antrag der CVP die Behandlung des Reformwerks mit 64 zu 49 Stimmen abtraktandiert und auf Januar 2019 verschoben.

Franz Bucher (CVP, Baldegg) begründete die Abtraktandierung der AFR 18 damit, dass sie noch nicht verhandlungsreif sei. Die erste Lesung solle erst im Januar 2019 durchgeführt werden, weil dann bekannt sei, ob das Referendum gegen die Steuervorlage des Bundes zustande gekommen sei.

Der Regierungsrat hatte in die Aufgaben- und Finanzreform 2018 kantonale und eidgenössische Steuervorlagen eingearbeitet. Die eidgenössische ist vom Referendum bedroht, die kantonale muss noch vom Parlament behandelt werden. Die CVP wolle bei der AFR 18 die Katze nicht im Sack kaufen, sagte Bucher.

## Transparenz gefordert

Unterstützt wurde die CVP von SP, Grünen und GLP. Hans Stutz (Grüne, Luzern) warb für die Abtraktandierung,

weil ein solches Geschäft transparent und seriös behandelt werden müsse. Jörg Meyer (SP, Adligenswil) sagte, es sei richtig, dass das Parlament korrigierend einschreite. Die Diskussionen rund um die Aufgaben- und Finanzreform 2018 zeigten, dass es der Regierung nicht gelungen sei, einen vernünftigen Vorschlag zu dessen Behandlung zu machen.

## Unsicherheiten gehören dazu

SVP und FDP erwarteten dagegen von einer Verschiebung wenig Nutzen. Reto Frank (SVP, Meggen) sagte etwa: «Auch im Januar wissen wir noch nicht alles.» Die Chancen für die Steuervorlage des Bundes stünden gut, das Risiko sei kalkulierbar. Das Parlament müsse mit Unklarheiten leben können.

Gegen eine Verschiebung der AFR 18 plädierte auch Finanzdirektor Marcel Schwerzmann. Er wies die Kritik an der Vorlage zurück und erinnerte daran, dass diese vom Parlament bestellt worden sei. Der parteilose Finanzdirektor sagte, es gebe keinen Behand-

lungszeitpunkt ohne Unsicherheiten. Für die erste Lesung sei es nicht nötig zu wissen, ob das Referendum gegen die Steuergesetzrevision des Bundes zustande komme oder nicht. Es brauche Kompromisse, damit der Kanton Luzern reformfähig sei.

## Ziele der AFR

Die AFR 18 sieht vor, dass neu der Kanton allein für den baulichen und betrieblichen Unterhalt von Hochwasserschutzmassnahmen zuständig ist, und dass er sich finanziell stärker an den Kosten der Gemeindegemeinschaften beteiligen. Im Gegenzug müssten die Gemeinden Aufgaben vom Kanton übernehmen.

Die Reform würde sich auf die Gemeinden unterschiedlich auswirken. Als Korrektur rechnet der Regierungsrat deswegen die Hälfte der erwarteten Einnahmen aus der Steuervorlage 17 des Bundes und die Steuergesetzrevision 2020 des Kantons in die AFR mit ein. [sda]



Der ARF sieht ein Tauschgeschäft vor: Der Kanton soll künftig den Hochwasserschutz (Bild) vollständig übernehmen und sich stärker an den Kosten der Gemeindegemeinschaften beteiligen. Die Gemeinden müssten im Gegenzug unter anderem bei den Ergänzungsleistungen und der Verbilligung der Krankenkassenprämien mehr Kosten tragen. [Archivbild EA]

## kurz gemeldet

### Mehrere tausend Besucher in St. Urban

Am Donnerstag wurde in St. Urban der Neubau Haus C der Luzerner Psychiatrie offiziell eröffnet. Am Freitag und Samstag waren die Bevölkerung

und Netzwerkpartner zu einem offenen Einblick in den Neubau eingeladen. Wie die Veranstalter schreiben, war das Interesse sehr gross. Mehrere tausend Besucherinnen und Besucher wollten in diesen drei Tagen den Neubau Haus C von innen sehen. [EA]